

# **Satzung des Wechselseitigen Versicherungsvereins Bad Goisern Jänner 2018**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Name und Rechtsform des Vereines
- § 2 Zweck / Geschäftsstand des Vereines
- § 3 Sitz und Geschäftsgebiet
- § 4 Veröffentlichungen

### **II. Mitgliedschaft**

- § 5 Beginn der Mitgliedschaft
- § 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder
- § 7 Beendigung der Mitgliedschaft

### **III. Organe**

- § 8 Allgemein
- § 9 Vorstand
- § 10 Aufsichtsrat
- § 11 Aufgaben des Aufsichtsrates
- § 12 oberstes Organ
- § 13 Aufgaben der Mitgliedervertretung
- § 14 Rechnungsprüfer
- § 15 Stellung der Organe

### **IV. Geschäftsgebarung**

- § 16 Höchsthaftungssumme
- § 17 Deckung der Ausgaben
- § 18 Risiko- und Sicherheitsrücklage
- § 19 Kapitalanlage
- § 20 Rechnungslegung

### **V. Auflösung und Abwicklung**

- § 21 Auflösung
  - § 22 Abwicklung
-

## **I. Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1 Name und Rechtsform**

- (1) Der Versicherungsverein führt den Namen Wechselseitiger Versicherungsverein Bad Goisern.
- (2) Der Verein ist ein kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinn des § 5 Z 4 Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), BGBl. I 34/2015 und untersteht der Beaufsichtigung durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)

### **§ 2 Zweck und Geschäftsgegenstand des Vereins**

- (1) Zweck / Geschäftsgegenstand des Vereins ist:

- 1 die Versicherung seiner Mitglieder gegen Sachschäden, die sie an ihren Gebäuden und deren Einrichtung und beweglichen Sachen durch Feuer, Einbruchdiebstahl, Sturm, Leitungswasser oder Glasbruch erleiden.
2. die Versicherung seiner Mitglieder gegen Sachschäden, die sie an ihren Landfahrzeugen (mit und ohne eigenen Antrieb) durch Feuer erleiden.
3. die Versicherung seiner Mitglieder gegen Schäden durch Tod und Krankheit von versicherten Tieren.

- (2) Der Verein kann darüber hinaus auch Versicherungsverträge für seine Mitglieder vermitteln, sofern ein unmittelbarer Zusammenhang mit den eigenen Versicherungsbetrieb besteht.

### **§ 3 Sitz und Geschäftsgebiet**

- (1) Der Verein hat seinen Sitz in 4822 Bad Goisern, Bahnhofstraße 9
- (2) Sein Geschäftsgebiet umfasst das Bundesland Oberösterreich sowie die angrenzenden politischen Bezirke der Bundesländer Salzburg und Steiermark.

### **§ 4 Veröffentlichungen**

Die Veröffentlichungen des Vereins erfolgen im Internet auf der Homepage des Vereins unter [www.bgv.at](http://www.bgv.at)

## **II. Mitgliedschaft**

### **§ 5 Beginn der Mitgliedschaft**

- (1) Mitglieder sind natürliche oder juristische Personen, die als Versicherungsnehmer mit dem Verein einen Versicherungsvertrag abgeschlossen haben.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Inkrafttreten des Versicherungsvertrags und ist in das Mitgliederverzeichnis einzutragen.
- (3) Jede Person kann nur eine Mitgliedschaft haben; der Abschluss mehrerer Versicherungsverträge durch denselben Versicherungsnehmer führt nicht zur Entstehung mehrerer Mitgliedschaften; schließen mehrere Personen gemeinsam als Versicherungsnehmer einen Versicherungsvertrag ab, besitzen sie nur eine Mitgliedschaft gemeinsam.

### **§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

- (1) Jedem neuen Mitglied ist eine Urkunde über den Versicherungsvertrag (Polizze) sowie ein Exemplar der aktuellen Satzung zu übermitteln.
- (2) Jedes Mitglied kann einen Vorschlag für die Wahl der Mitgliedervertretung erstaten. Der Wahlvorschlag ist von der Mitgliedervertretung zu behandeln, wenn er von mindestens einem Zehntel der Mitglieder unterstützt wird.
- (3) Jedes Mitglied hat das Recht, an der Verteilung eines allfälligen Jahresüberschusses gemäß § 18 teilzunehmen.
- (4) Die Prämien sind im Voraus ohne Zahlungsaufforderung entweder monatlich oder jährlich an den Verein zu bezahlen. Die Höhe der Prämien ergibt sich aus dem jeweils gültigen Tarif.
- (5) Die Mitglieder haben Adress- und Namensänderungen dem Verein unverzüglich anzuzeigen.

### **§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Beendigung aller Versicherungsverhältnisse des betreffenden Mitglieds. Mit dem Ende der Mitgliedschaft wird das Mitglied unter Angabe des Beendigungsdatums aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen.
- (2) Nach Erlöschen der Mitgliedschaft haben die Mitglieder keinen Anspruch auf eine Entschädigung für Schadenfälle, die nach der Beendigung der Mitgliedschaft eingetreten sind. Sie bleiben aber zur Zahlung der Prämien und Nachschüsse, die auf das Geschäftsjahr der Beendigung der Mitgliedschaft entfallen, entsprechend der Dauer der Mitgliedschaft in diesem Geschäftsjahr anteilig verpflichtet.

## **III. Organe**

### **§ 8 Allgemein**

(1) Organe des Vereins sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und als oberstes Organ die Mitgliedervertretung.

(2) Für die Prüfung des Jahresabschlusses hat die Mitgliedervertretung einen oder mehrere Rechnungsprüfer zu bestellen.

(3) Alle Mitglieder der Organe sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Mitgliedervertretung sowie die jeweiligen Stellvertreter und Ersatzmitglieder müssen während der gesamten Funktionsperiode Mitglieder des Vereins im Sinne des § 5 sein.

(5) Den Mitgliedern des Vorstands, des Aufsichtsrats und deren Ersatzmitgliedern sowie den Rechnungsprüfern, kann ein Entgelt für ihren Zeit- und Arbeitsaufwand gewährt werden. Die Höhe des Entgelts ist von der Mitgliedervertretung unter Berücksichtigung der Vermögenslage des Vereins und der Arbeitsbelastung mit einem festen Betrag zu bestimmen. Über die tatsächlichen Aufwendungen aufgrund ihrer Funktion haben die vorstehenden Personen Rechnung zu legen und diese sind vom Verein zu erstatten.

### **§ 9 Vorstand**

(1) Der Vorstand besteht aus einer Person und führt die Bezeichnung Obmann. Für den Vorstand ist ein Stellvertreter zu bestellen, der bei Verhinderung des Vorstandes dessen Befugnisse ausübt.

(2) Dem Vorstand obliegen die Geschäftsführung und die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins im Sinn des § 76 VAG. Der Vorstand ist dem Verein gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, die in dieser Satzung, in der Geschäftsordnung des Vorstandes oder durch Beschluss der Mitgliedervertretung für seine Vertretungsbefugnis festgesetzt sind. Dritten gegenüber ist eine Beschränkung der Vertretungsbefugnis unwirksam.

(3) Der Vorstand hat den Verein unter eigener Verantwortung so zu leiten, wie das Wohl des Vereins unter Berücksichtigung des Interesses der Mitglieder es erfordert. Er hat bei seiner Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden.

(4) Im Rechtsstreit gegen Vorstandsmitglieder wird der Verein vom Aufsichtsrat oder, wenn ein solcher nicht bestellt ist, von Bevollmächtigten vertreten, die vom obersten Organ gewählt werden.

(5) Der Vorstand kann zu seiner Unterstützung für bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche einen oder mehrere Handlungsbevollmächtigte(n) einsetzen.

(6) Der Vorstand und sein Stellvertreter werden von der Mitgliedervertretung längstens bis zur Beendigung der Mitgliedervertretung bestellt, die über die Entlastung für das 4. Geschäftsjahr beschließt, das dem zum Zeitpunkt der Bestellung laufenden Geschäftsjahr folgt (Funktionsperiode). Die wiederholte Bestellung ist zulässig. Zum Zeitpunkt der Bestellung darf das Lebensalter nicht mehr als 70 Jahre betragen.

(7) Die Bestellung zum Vorstand oder Stellvertreter kann von der Mitgliedervertretung aus wichtigem Grund widerrufen werden. Ein solcher Grund ist insbesondere eine grobe Pflichtverletzung oder die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

(8) Im Falle des Ausscheidens des Vorstandes ist unverzüglich für eine Neubestellung durch die Mitgliedervertretung zu sorgen. Sind der Vorstand und sein Stellvertreter dauernd verhindert oder ausgeschieden, hat der Vorsitzende der Mitgliedervertretung für eine unverzügliche Neubestellung durch den Aufsichtsrat zu sorgen. In dringenden Fällen kann jedes Mitglied einen Antrag an die FMA (§ 76 Abs. 5 VAG 2016) auf Bestellung der erforderlichen Vorstandsmitglieder bis zur Behebung des Vertretungsnotstands stellen.

(9) Der FMA ist die Bestellung neuer Vorstandsmitglieder rechtzeitig vor der Bestellung sowie die Abberufung und das Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern unverzüglich anzuzeigen.

## **§ 10 Aufsichtsrat**

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 10 und höchstens 20 Personen. Diese müssen Mitglieder des Vereines sein und dürfen nicht zugleich dem Vorstand angehören oder zur Unterstützung des Vorstands beauftragte Personen sein.

(2) Die Aufsichtsratsmitglieder werden vom obersten Organ längstens bis zur Beendigung der Mitgliedervertretung gewählt, die über die Entlastung für das 4. Geschäftsjahr beschließt, das dem zum Zeitpunkt der Wahl laufenden Geschäftsjahr folgt (Funktionsperiode). Die Wiederwahl ist zulässig.

(3) Mit Erlöschen der Mitgliedschaft endet auch die Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats, ohne dass es einer Abberufung bedarf. Darüber hinaus kann die Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats vor Ablauf der Funktionsperiode auch von der Mitgliedervertretung widerrufen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist insbesondere eine grobe Pflichtverletzung oder die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Ausübung der Aufsichtsratsfunktion.

(4) Die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats und das Ausscheiden von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind der FMA unverzüglich anzuzeigen.

(5) Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen.

(6) Der Aufsichtsrat ist vom Vorsitzenden mindestens viermal in jedem Geschäftsjahr einzuberufen, wobei die Sitzungen vierteljährlich stattzufinden haben. Der Aufsichtsrat ist außerdem auf Verlangen eines Mitgliedes des Aufsichtsrats oder auf Verlangen eines Mitglieds des Vorstands unter Angabe des Zwecks und der Gründe einzuberufen. Wird einem von mindestens zwei Aufsichtsratsmitgliedern oder vom Vorstand geäußerten Verlangen nicht entsprochen, so können die Antragsteller unter Mitteilung des Sachverhalts den Aufsichtsrat einberufen.

(7) Die Einberufung hat an jedes Mitglied des Aufsichtsrats schriftlich unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung zu erfolgen. Die Einladung per E-Mail ist zulässig, wenn sich das Aufsichtsratsmitglied damit grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden. Der Vorstand ist berechtigt den Sitzungen des Aufsichtsrats ohne Stimmrecht beizuwohnen. Er ist zu diesen vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats gleichzeitig mit der Einberufung des Aufsichtsrats einzuladen.

(8) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn nachweislich alle seine Mitglieder unter Angabe der wesentlichsten Tagesordnungspunkte eingeladen wurden und mindestens zwei Drittel der

Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(9) Über die Sitzungen ist eine Niederschrift zu führen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterfertigen ist.

Die Niederschrift soll insbesondere enthalten:

1. Datum und Ort der Sitzung,
2. die Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung,
3. die Tagesordnungspunkte,
4. die Feststellung der Beschlussfähigkeit,
5. die Genehmigung der Niederschrift der letzten Aufsichtsratssitzung,
6. den wesentlichen Inhalt der Beratung über die Tagesordnungspunkte und die hierüber gefassten Beschlüsse,
7. das Stimmenverhältnis bei den Abstimmungen und
8. die außerhalb der Tagesordnung vorgebrachten Wünsche, Anregungen und Beschwerden.

## **§ 11 Aufgaben des Aufsichtsrats**

(1) Der Aufsichtsrat hat folgende Aufgaben:

1. die Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Einberufung des obersten Organs, wenn das Wohl des Vereins es erfordert,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses, des Vorschlages für die Verteilung des Jahreserfolges und des Lageberichtes sowie Bericht darüber an das oberste Organ,
4. die Festsetzung des Entgelts für den Vorstand und seinen Stellvertreter.
5. Änderung der Satzung, die nur die Fassung betreffen

(2) Maßnahmen der Geschäftsführung können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Folgende Geschäfte dürfen jedoch nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden:

1. die Festsetzung der Prämiensätze,
2. die Vorschreibung von Nachschüssen bis zur Höhe von zwei Jahresprämien,
3. die Festlegung der allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik,
4. der Abschluss, die Änderung sowie die Auflösung von Verträgen über die Rückversicherung, von Verträgen über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen,
5. die Ausgliederung von Tätigkeiten des Vereins und die Beteiligung an Unternehmen
6. Investitionen, deren Anschaffungskosten im Einzelfall € 3.000,-- und insgesamt € 15.000,-- in einem Geschäftsjahr übersteigen,
7. der Erwerb, die Veräußerung sowie die Belastung und Aufhebung der Belastung von Liegenschaften,
8. der Abschluss von Dienstverträgen und
9. die Bestellung eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers.

(3) In den vierteljährlichen Sitzungen sollten insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

1. Geschäftsentwicklung allgemein (insb. Schadensverlauf, Prämienentwicklung, Provisionen, Werbung, etc..),
2. Eigenmittelerfordernis, Sicherheitsrücklage und versicherungstechnische Rückstellungen
3. Einhaltung der Grenzen des Geschäftsbereichs.
4. Veränderungen der Mitgliederanzahl,
5. Kapitalanlage
6. Rückversicherung.

(4) Der Aufsichtsrat kann vom Vorstand jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten des Vereins verlangen. Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften des Vereins sowie die Vermögensgegenstände einsehen und prüfen, er kann damit auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.

(5) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat innerhalb von 3 Monaten den Jahresabschluss und einen Lagebericht für das vorangegangene Geschäftsjahr mit einem Vorschlag für die Verwendung eines allfälligen Jahresüberschusses vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat diese Unterlagen innerhalb von zwei Monaten nach der Vorlage zu prüfen, sich gegenüber dem Vorstand darüber zu erklären und einen Bericht an die Mitgliedervertretung zu erstatten.

(6) Der Aufsichtsrat ist befugt, den Verein bei der Vornahme von Rechtsgeschäften mit den Vorstandsmitgliedern zu vertreten und gegen diese die vom obersten Organ beschlossenen Rechtsstreitigkeiten zu führen.

(7) Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Über vertrauliche Angaben haben sie Stillschweigen zu bewahren. Mitglieder, die ihre Pflichten schuldhaft verletzen, sind dem Verein gegenüber zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verantwortlich. Ansprüche des Versicherungsvereins aus dieser Verpflichtung müssen geltend gemacht werden, wenn es das oberste Organ beschließt oder mindestens ein Zehntel der Mitglieder des obersten Organs verlangt.

## **§ 12 Oberstes Organ**

(1) Die Mitgliedervertretung ist das oberste Organ des Vereins im Sinn des § 78 VAG 2016. Sie umfasst 25 bis 45 Mitgliedervertreter, die während der gesamten Funktionsperiode Mitglieder des Vereins sein müssen.

(2) Die Mitgliedervertreter werden von der Mitgliedervertretung auf jeweils fünf Jahre gewählt, wobei eine Wiederwahl der bisherigen Mitgliedervertreter zulässig ist, sofern sie weiterhin die Voraussetzungen erfüllen. Die erforderliche Wahl ist vom Vorstand zumindest 28 Tage vor der Wahlversammlung gemäß § 4 öffentlich anzukündigen und allen Mitgliedervertretern mit der Einladung zur Versammlung bekanntzugeben. Jedes Vereinsmitglied hat das Recht, dem Vorstand bis spätestens eine Woche vor der Wahlversammlung einen Vorschlag für die Wahl der Mitgliedervertretung vorzulegen. Der Vorstand hat die bei ihm eingegangenen Vorschläge spätestens drei Tage vor der Wahlversammlung mit den Mitgliedervertretern zu übermitteln. Ein Wahlvorschlag muss von der Mitgliedervertretung behandelt werden, wenn er von mindestens einem Zehntel der Mitglieder unterstützt wird.

(3) Ein Mitgliedervertreter kann von der Mitgliedervertretung nur aus wichtigem Grund abberufen werden. Bei dieser Abstimmung der Mitgliedervertretung ist der Mitgliedervertreter, der abberufen werden soll, nicht stimmberechtigt. Als wichtiger Grund gilt eine grobe Pflichtverletzung oder die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Ausübung der Funktion.

(4) Die Funktion eines Mitgliedervertreters endet ferner durch freiwilligen Rücktritt, Erlöschen der Mitgliedschaft, Bestellung zum Vorstand oder Stellvertreter und Wahl zum Aufsichtsratsmitglied.

### **§ 13 Aufgaben der Mitgliedervertretung**

(1) Der Beschlussfassung der Mitgliedervertretung sind vorbehalten:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses,
2. die Verteilung des Jahresüberschusses,
3. die Bestellung des Vorstands und seines Stellvertreters, des Aufsichtsrats sowie der Rechnungsprüfer (Steuerprüfer, Wirtschaftsprüfer).
4. die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats,
5. die Festsetzung eines Entgelts für die Mitglieder des Aufsichtsrats und deren Ersatzmitglieder, für andere vom Vorstand zu seiner Unterstützung beauftragte Personen und für die Rechnungsprüfer,
6. die Vorschreibung von Nachschusszahlungen
7. die Änderung der Satzung sowie die Änderung der Höchsthaftungssumme (§ 15)
8. die Bestandübertragung, die Verschmelzung und die Auflösung.

(2) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Für einen Beschluss über eine unter Abs. 1 Z 7 und 8 angeführte Angelegenheit ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen erforderlich.

(3) Die Mitgliedervertretung ist vom Vorstand einzuberufen:

1. jährlich innerhalb der ersten fünf Monate des Geschäftsjahres (ordentliche Versammlung der Mitgliedervertretung) und
2. wenn es mindestens ein Zehntel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt (außerordentliche Versammlung der Mitgliedervertretung)

(4) Die Bekanntmachung der Einberufungen hat durch schriftliche Verständigung der Mitgliedervertreter unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung hat den Namen des Vereins, die Angabe von Tag, Beginn-Zeit und Ort der Versammlung sowie die Tagesordnung zu enthalten.

(5) Zwischen dem Tag der Veröffentlichung der Einberufung und dem Tag der Versammlung der Mitgliedervertretung muss ein Zeitraum von mindestens 28 Tagen liegen.

(6) Die Verhandlung der Mitgliedervertretung über den Jahresabschluss ist mit der Verhandlung über die Verteilung des Jahresüberschusses und über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats zu verbinden.

(7) Den Vorsitz in der Mitgliedervertretung führt der Vorstand oder sein Stellvertreter. Sind diese nicht verfügbar, hat das an Jahren älteste Mitglied die Mitgliedervertretung zur Wahl des Vorsitzenden zu leiten.

(8) Die Mitgliedervertretung ist in Anwesenheit oder Vertretung von mindestens der Hälfte der Mitgliedervertreter beschlussfähig.

(9) Ein Mitglied der Mitgliedervertretung kann sich in einer Versammlung nur durch ein anderes Mitglied vertreten lassen; Ein Mitglied kann jeweils nicht mehr als ein anderes Mitglied



vertreten. Für die Vertretung ist eine schriftliche Vollmacht erforderlich, die dem Vorsitzenden vorzulegen und dem Sitzungsprotokoll beizufügen ist.

(10) Jedem Mitglied ist auf Verlangen in der Versammlung Auskunft über Angelegenheiten des Vereins zu geben, soweit sie zur sachgemäßen Beurteilung eines Tagesordnungspunktes erforderlich ist. Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen des Vereins zu verbundenen Unternehmen. Jedes Mitglied, der Vorstand und der Aufsichtsrat sind berechtigt, in der Versammlung zu jedem Punkt der Tagesordnung Anträge zu stellen.

(11) Über einen Gegenstand, der nicht ordnungsgemäß als Tagesordnungspunkt bekannt gemacht wurde, darf kein Beschluss gefasst werden. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, sofern nicht eine höhere Stimmenmehrheit laut Satzung oder Gesetz erforderlich ist.

(12) Über die Sitzungen der Mitgliedervertretung ist eine Niederschrift zu verfassen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterfertigen ist. Die Niederschrift soll insbesondere enthalten:

1. Datum und Ort der Versammlung,
2. Die Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung,
3. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit,
4. Die Genehmigung der Niederschrift der letzten Versammlung,
5. Den wesentlichen Inhalt der Beratung über die Tagesordnungspunkte und die hierüber gefassten Beschlüsse,
6. Das Stimmenverhältnis bei den Abstimmungen und
7. Die außerhalb der Tagesordnung vorgebrachten Wünsche, Anregungen und Beschwerden.
8. Bei Verhandlungen, die den Jahresabschluss zum Gegenstand haben, sind der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Bericht der Rechnungsprüfer, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer der Niederschrift als Anhänge beizufügen.

## **§ 14 Rechnungsprüfer**

(1) Die Mitgliedervertretung, hat für die Prüfung der Geschäftsgebarung einen oder mehrere Rechnungsprüfer zu bestellen. Die Rechnungsprüfer dürfen nicht zugleich Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats oder deren Stellvertreter oder Handlungsbevollmächtigte des Vereins sein. Die Bestellung erfolgt für die Zeit bis zum Ende jener Mitgliedervertretung, in der der nächste Jahresabschluss behandelt wird (Funktionsperiode). Die wiederholte Bestellung ist zulässig.

(2) Den Rechnungsprüfern ist jederzeit Einsicht in die Bücher, Belege und Schriften des Vereins zu gewähren und Auskunft über die Geschäftsgebarung des Vereins zu erteilen. Nach Schluss des Geschäftsjahres haben die Rechnungsprüfer den Jahresabschluss auf seine Übereinstimmung mit den Büchern sowie Vermögensbeständen und Verbindlichkeiten des Vereins zu prüfen. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Aufsichtsrat zu informieren, in der Folge ist der Mitgliedervertretung ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(3) Anstelle von Rechnungsprüfern kann dem Vorstand von der Mitgliedervertretung jeweils für ein Geschäftsjahr das Recht übertragen werden, einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer zu bestellen. Der Bestellung durch den Vorstand hat der Aufsichtsrat vorher zuzustimmen. Abs. 2 gilt sinngemäß.

## **IV. Geschäftsgebarung**

### **§ 15 Höchsthaftungssumme**

Der Betrag, bis zu dem der Verein übernommene Gefahren im Eigenbehalt tragen darf (§ 74 VAG) wird mit 100.000,-- Euro festgesetzt;

### **§ 16 Deckung der Ausgaben**

(1) Der Jahresbedarf wird gedeckt durch:

1. im Voraus einzuhebende Prämien der Mitglieder,
2. Erträge der Kapitalanlagen und
3. sonstige Einnahmen.

(2) Reichen die laufenden Einnahmen zur Bestreitung der Ausgaben nicht aus, so ist zur Deckung des Fehlbetrages zuerst die Risikorücklage sowie in weiterer Folge die Sicherheitsrücklage insoweit heranzuziehen, als das Eigenmittelerfordernis nach der kleine Vereine Eigenmittelerfordernisverordnung (kv-EEV) erfüllt bleibt.

(3) Kann der Fehlbetrag nicht nach Abs. 2 gedeckt werden, ist er durch Nachschüsse der Mitglieder zu decken. Zur Nachschusszahlung sind alle Mitglieder, auch die im Laufe des Geschäftsjahres, für das die Nachschüsse vorgeschrieben werden, eingetretenen und ausgeschiedenen, im Verhältnis der in diesem Geschäftsjahr fällig gewordenen Prämien verpflichtet, und zwar auch dann, wenn die Nachschüsse erst nach Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Gebarungsabgang eingetreten ist, ausgeschrieben werden. Die Nachschüsse sind binnen 14 Tagen nach der Kundmachung ihrer Ausschreibung einzuzahlen.

### **§ 17 Risiko- und Sicherheitsrücklage**

(1) Der Risikorücklage sind mindestens 10 % des Jahreserfolges so lange zuzuführen, bis sie 25 % des Sollbetrages der Sicherheitsrücklage erreicht hat. Die Risikorücklage ist vor der Sicherheitsrücklage zur Deckung von Verlusten zu verwenden.

(2) Der Sollbetrag der Sicherheitsrücklage entspricht 140% des maßgeblichen Eigenmittelerfordernisses gemäß der kleine Versicherungsvereine Eigenmittelerfordernisverordnung (kv-EEV)

(3) Der Sicherheitsrücklage ist alljährlich nach der Dotierung der Risikorücklage der Jahresüberschuss insoweit zuzuführen als Risiko- und Sicherheitsrücklage zusammen nicht den Sollbetrag der Sicherheitsrücklage erreicht haben.

### **§ 18 Überschussverteilung an die Mitglieder**

(1) Solange die Summe aus Sicherheits- und Risikorücklage nicht unter den Sollbetrag der Sicherheitsrücklage sinkt, können über Beschluss der Mitgliedervertretung weitere Zuführungen zur Sicherheitsrücklage unterbleiben und die Jahresüberschüsse an die Mitglieder verteilt werden.

(2) Sind Mitglieder während des Geschäftsjahres, dessen Jahresüberschuss zur Verteilung steht, ausgeschieden, so sind sie entsprechend der Dauer ihrer Mitgliedschaft in diesem Geschäftsjahr anteilig am Jahresüberschuss zu beteiligen.

(3) Der Anteil eines Mitglieds am Jahresüberschuss bestimmt sich nach dem Verhältnis der gesamten von ihm entrichteten Prämien zu den gesamten abgegrenzten Prämien des Vereins in dem Geschäftsjahr, dessen Jahresüberschuss zur Verteilung steht.

## **§ 19 Kapitalanlage**

Für die Kapitalanlage sind gemäß § 72 VAG nur Vermögenswerte aus der folgenden Kategorien zulässig:

1. Schuldverschreibungen
2. Aktien und andere Anteile mit schwankendem Ertrag
3. Anteile an OGAW und anderen gemeinschaftlichen Kapitalanlagen
4. Darlehen
5. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
6. Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände

## **§ 20 Rechnungslegung**

- (1) Das Geschäftsjahr des Versicherungsvereins ist das Kalenderjahr.
- (2) Nach Schluss des Geschäftsjahres sind vom Vorstand binnen drei Monaten der Jahresabschluss und ein Geschäftsbericht aufzustellen. Die Mitgliedervertretung hat binnen fünf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses zu beschließen. Die Verhandlung der Mitgliedervertretung über den Jahresabschluss ist mit der Verhandlung über eine allfällige Verteilung des Jahresüberschusses und über die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats zu verbinden, wobei der Vorstand der Mitgliedervertretung einen Vorschlag für die Verteilung des Jahresüberschusses vorzulegen hat.
- (3) Der Jahresabschluss ist den Mitgliedern des Versicherungsvereins gleichzeitig mit der Einberufung der Versammlung zur Verhandlung über den Jahresabschluss zu übermitteln.
- (4) Der Jahresabschluss ist spätestens sechs Monate nach Ende des Geschäftsjahres bis zum Ende des dritten dem Geschäftsjahr folgenden Kalenderjahr am Sitz des Vereins zur Einsichtnahme aufzulegen und jedem Mitglied auf Verlangen (gegen Ersatz der Kopierkosten) auszuhändigen

## **V. Auflösung und Abwicklung**

### **§ 21 Auflösung**

- (1) Im Fall der Auflösung des Vereins durch Beschluss der Mitgliedervertretung erlöschen die Versicherungsverhältnisse zwischen den Mitgliedern und dem Verein mit dem im Auflösungsbeschluss bestimmten Zeitpunkt, frühestens jedoch mit Ablauf von vier Wochen nach der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Auflösungsbeschlusses. Bis dahin entstandene Versicherungsansprüche können geltend gemacht werden.
- (2) Soll die Abwicklung nicht durch den Vorstand erfolgen, ist im Auflösungsbeschluss ein anderer, geeigneter Abwickler zu bestellen. Im Auflösungsbeschluss ist ferner zu entscheiden, ob das bisherige Rechnungsjahr beibehalten wird.
- (3) Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen (§12 Abs. 2) und der Genehmigung durch die FMA.
- (4) Nach Erteilung der Genehmigung durch die FMA ist der Auflösungsbeschluss unverzüglich von den Abwicklern im Amtsblatt der Wiener Zeitung zu veröffentlichen. In der Veröffentlichung sind die Abwickler bekannt zu geben und allfällige Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufzufordern. Bekannte Gläubiger sind durch besondere Mitteilung zur Anmeldung aufzufordern.

## **§ 22 Abwicklung**

(1) Nach der Auflösung des Versicherungsvereins findet die Abwicklung statt. Diese wird durch den Vorstand durchgeführt, wenn nicht das oberste Organ andere Personen als Abwickler bestellt hat.

(2) Während der Abwicklung wird der Verein durch den Abwickler vertreten. In Erfüllung seiner Aufgabe stehen ihm alle Rechte zu, die nach Gesetz und Satzung dem Vorstand zugestanden sind. Der Abwickler ist zur Einhaltung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers verpflichtet.

(3) Bei der Abwicklung sind die Forderungen des Versicherungsvereins einschließlich noch aushaftender Beiträge und Nachschüsse einzuziehen und die Verbindlichkeiten des Vereins gegenüber dritten Personen zu befriedigen und die noch offenen Versicherungsfälle zu erledigen.

(4) Das verbleibende Vermögen ist nach Maßgabe der Bestimmung über die Verteilung des Jahresüberschusses an diejenigen Personen zu verteilen, die während des gesamten letzten Geschäftsjahres bis zum Auflösungsbeschluss Mitglieder des Vereins waren.

(5) Die Verteilung des Vermögens darf erst nach Ablauf eines Jahres nach Bekanntmachung der Auflösung des Vereins (§ 21 Abs. 4) erfolgen.

(6) Nach der Verteilung des Vermögens hat der Abwickler eine Schlussrechnung aufzustellen und eine letzte Sitzung des obersten Organes einzuberufen, die über die Schlussrechnung sowie über die Entlastung des Abwicklers und des Aufsichtsrats zu beschließen hat.

(7) Der Abschluss der Abwicklung ist der FMA unter Vorlage des Protokolls der Versammlung der Mitgliedervertretung und der Schlussrechnung mit den Nachweisen für die ordnungsgemäße Verwendung des Vermögens anzuzeigen.